

Rede von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 20. September 2007

115. Sitzung des Deutschen Bundestages - Auszug aus dem Plenarprotokoll (Nr. 16/115) - Rede von Bundesinnenminister Schäuble zu seinen Äußerungen über die terroristische Bedrohung in der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" vom 16. September 2007

Vizepräsidentin Dr. h.c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble.

(Beifall bei der CDU / CSU)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer das, was ich in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* gesagt habe, liest, der wird ein bisschen Mühe haben, irgendetwas von dem, was der Kollege Wieland eben gesagt hat, darin zu finden. Ich möchte Ihnen gerne eine kurze Passage aus einem Interview mit al-Baradei, dem Chef der UNO-Atomkontrolleure, im *Spiegel* von Anfang September vorlesen.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Internationale Atomenergie-Organisation!)

Ihm wurde in diesem Interview die Frage gestellt:

Im Umfeld von al-Qaida hieß es ja schon, man strebe nach Atomwaffen. Halten Sie die Gefahr für realistisch, dass Terroristen an die ultimative Waffe kommen?

Die Antwort al-Baradeis lautete:

Das ist meine größte Sorge, ein Horrorszenario. Ich denke jetzt nicht an eine Atomwaffe – dafür reichen das Know-how und das Beschaffungspotential keiner Terrorgruppe. Aber eine kleine, sogenannte schmutzige Bombe mit radioaktivem Material, irgendwo gezündet in einer Großstadt, könnte Menschenleben kosten, massiven Terror auslösen mit schweren wirtschaftlichen Folgen. Manchmal denke ich, es ist ein Wunder, dass das noch nicht passiert ist. Und bete, dass es so bleibt.

Wollen Sie das, was Sie gesagt haben, in Bezug auf die Äußerungen von Herrn al-Baradei verstanden wissen oder nicht?

Ich habe festgestellt, dass das – übrigens nicht seit neuestem – die größte Sorge der Sicherheitsexperten ist. Als wir uns – wie meistens – am Montag getroffen haben, Herr Kollege Körper, haben Sie zu Recht festgestellt, dass das nichts Neues ist. Wir wissen, dass Bin Laden schon 1998 – das war noch vor dem 11. September – nach den Anschlägen in Nairobi und Daressalam gesagt hat, es sei heilige Pflicht aller Muslime im Kampf gegen die USA, sich aller verfügbaren Waffen – ob A-, B- oder C-Waffen – zu bemächtigen. Das ist weder neu, noch, um das auch zu sagen, gibt es konkrete Hinweise darauf, dass uns in

Deutschland ein derartiger Anschlag droht. Trotzdem ist es die große Sorge aller Sicherheitsexperten. Die Aussage ist leider richtig, und wenn al-Baradei sich so äußert, dann wird man das wohl feststellen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen hat man damals – ich habe noch in Erinnerung, wer seinerzeit Regierungsverantwortung getragen hat – in völligem Einvernehmen von Bund und allen Ländern – ich bin derjenige, der diese bewährte Sicherheitsarchitektur in ihrer Wirkungskraft immer verteidigt und dies auch begründet – richtigerweise beschlossen – auch übrigens in der Vorbereitung auf das große Ereignis der Fußballweltmeisterschaft 2006 –, im Bevölkerungsschutz Elemente der ABC-Vorsorge einzuführen, und hat daraufhin 500 Dekontaminationsfahrzeuge, also Fahrzeuge für den ABC-Schutz, angeschafft. Das heißt, wir bereiten uns vor. Damit habe nicht erst ich angefangen. Das wäre auch völlig unverantwortlich. Wir stehen vielmehr in einer Kontinuität und nehmen die Lage ernst.

Wie ich schon nach den erfolgreichen Fahndungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft festgestellt habe, gibt es zwei Botschaften aus diesem Ereignis. Die gute Botschaft ist: Wir haben gute Sicherheitsbehörden, die gute Arbeit leisten. Die Bevölkerung kann auf die gute Arbeit dieser Sicherheitsbehörden auch angesichts ernst zu nehmender Bedrohungen vertrauen.

Die andere nicht ganz so frohe Botschaft lautet: Wir sind bedroht. Auch das ist nicht neu; es ist nur ein Stück konkreter geworden. Das ist nicht erfreulich, aber es ist die Wahrheit. Wir können diese Wahrheit nicht verschweigen. Wir müssen sie sagen. Wir müssen darauf nicht überzogen reagieren, überhaupt nicht, aber wir sollten uns bemühen, sie nicht zu verdrängen.

Wir alle reden immer vom mündigen Bürger. Wenn wir ihn ernst nehmen, dann sollten wir ihm sagen: Wir haben gute Sicherheitsbehörden; sie leisten gute Arbeit. Da die Arbeit der Sicherheitsbehörden so gut ist, bin ich auch dafür, auf sie zu hören, wenn sie uns gerade im Angesicht eines so zu rühmenden Fahndungserfolges geradezu beschwören, ihnen angesichts der rasanten Entwicklungen in den Kommunikationstechnologien die notwendigen gesetzlichen Instrumente zu geben, damit sie auch in Zukunft gute Arbeit leisten können. Wer die Auffassung des Präsidenten des Bundeskriminalamts oder der verfahrensleitenden Generalbundesanwältin kennt, der wird doch nicht sagen, dass die CDU/CSU verrückt geworden ist. Auch sie wollen versuchen, den Sicherheitsbehörden, die gute Arbeit leisten, auch in der Zukunft die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu geben, damit sie auch in der Zukunft gute Arbeit leisten können. Das ist unsere Verantwortung als Gesetzgeber, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Darüber können wir gerne streiten, aber nicht in dieser Form von Diffamierung.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

– Doch. Sie unterstellen einem abwechselnd, man wolle die Verfassung abschaffen oder man sei geisteskrank. Dazwischen gibt es kaum etwas bei Ihnen.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das zweite hat er nicht gesagt! Das hat er nicht nötig! Dazu ist er viel zu intelligent! – Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN): Dann erklären Sie doch, dass Sie die Verfassung nicht ändern wollen!)

– Frau Künast, ich verstehe, dass Sie Herrn Wieland nicht so genau zuhören. Wenn man ihn öfter hören muss, dann kann ich das gut nachempfinden. Aber lassen wir das. Das Thema ist offensichtlich ernst.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe ihn öfter gehört, als Sie sich träumen lassen!)

Lassen Sie uns in allem Ernst über die Frage der Abgrenzung und darüber reden, wie wir sicherstellen können, dass wir auch in der Zukunft ausschließlich auf klarer und eindeutiger verfassungsrechtlicher Grundlage handeln. Ich erinnere mich dunkel daran, dass der Entwurf eines Luftsicherheitsgesetzes, über den wir gestern im Rahmen der Aktuellen Stunde zu den Äußerungen des Kollegen Jung debattiert haben, von der rot-grünen Bundesregierung stammt. Ich erinnere mich präzise daran, dass der damalige Redner der Opposition – das war der Abgeordnete Schäuble – gesagt hat: Den Schutzzweck teilen wir, aber die verfassungsrechtliche Grundlage dafür ist fraglich.

Wir haben im Koalitionsvertrag sodann einen Prüfungsauftrag vereinbart, der bei der Beantwortung der Frage helfen sollte, was wir machen, wenn das Verfassungsgericht so entscheidet, wie es damals nicht auszuschließen war. Dann haben die drei fachlich beteiligten Ressorts, Innenministerium, Justizministerium und Verteidigungsministerium auf fachlicher Ebene, politisch nicht abgestimmt – Frau Kollegin Zypries hat immer gesagt, das ist politisch nicht entschieden; darüber gibt es keine???)n Dissens; diese Entscheidung kann nicht in der Verantwortung der Ressorts getroffen werden, sondern nur in der Koalition im Ganzen –, einen auf Abteilungsleiterenebene abgestimmten Vorschlag erarbeitet, aus dem hervorgeht, wie man das Problem lösen kann, das aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum rot-grünen Gesetzentwurf entstanden ist. Diesen Vorschlag haben wir der Koalitionsführung unterbreitet. Es ist bisher nicht entschieden worden. Das kritisiere ich nicht, aber ich verstehe die Not des Kollegen Jung und bitte, sie ernst zu nehmen.

(Gerold Reichenbach (SPD): Es gab einen Vorschlag der SPD!)

– Herr Kollege, über den Gegenvorschlag der SPD reden wir.

(Gerold Reichenbach (SPD): Der lag zuerst auf dem Tisch!)

Bis es aber entschieden ist, hat der Kollege Jung genauso wie sein direkter Vorgänger, Herr Struck – von ihm gibt es entsprechende Äußerungen -, und alle anderen Vorgänger seit Georg Leber die Not zu tragen, in einer verfassungsrechtlich nicht einwandfrei geregelten Situation – was Gott verhindern möge – Entscheidungen treffen zu müssen, für die ich lieber eine verfassungsrechtlich einwandfreie Lösung haben möchte. Dafür werbe ich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das gilt – um es noch einmal zu sagen – in gleicher Weise für die Bitten von Generalbundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt, gerade angesichts der Fahndungserfolge.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Gefahr ist nicht vorüber. Die Islamische Dschihad-Union hat uns eine Woche danach

erklärt: Jawohl, das stimmt so, und man wird die Planungen fortsetzen. Das müssen die Sicherheitsbehörden ernst nehmen. Wenn sie uns geradezu beschwörend bitten, gebt uns einwandfreie Rechtsgrundlagen – übrigens sind die Rechtsgrundlagen aus rot-grüner Zeit vom Bundesgerichtshof für nicht einwandfrei erklärt worden –, dann ist es unsere Pflicht, Rechtsgrundlagen zu schaffen; nicht mehr, aber auch nicht weniger. Diejenigen, die sagen, auf der Basis unseres Grundgesetzes wollen wir auch in Zukunft unsere Freiheit wahren und im Rahmen dieser Freiheit den Menschen das mögliche Maß an Sicherheit gewähren, planen keine Anschläge auf die Verfassung, sondern machen die Verfassung auch in Zukunft krisenfest. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)